Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1071
18.11.2015

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

53. Sitzung (öffentlich)

18. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft e. V. 5

Präsentation durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Prof. Dieter Bathen, und der Leiterin der Geschäftsstelle, Frau Ramona Fendeisz

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) 15

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300, Drucksache 16/10150
Vorlage 16/3104, Vorlage 16/3215, Vorlage 16/3293, Vorlage 16/3297, Vorlage 16/3298, Vorlage 16/3357

Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Der Ausschuss stimmt dem **Änderungsantrag 1 der Tischvorlage** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der Piraten, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem **Änderungsantrag 2 der Tischvorlage** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der Piraten, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem **Änderungsantrag 3 der Tischvorlage** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und der Piraten zu.

Der Ausschuss stimmt dem so geänderten **Einzelplan 06** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten zu.

3 Bisherige Umsetzung des Hochschulzukunftsgesetzes **22**

Vorlage 16/3407

4 Seit 2010 abgelehnte Forschungsförderanträge bzw. Anträge zur Anschubfinanzierung von Unternehmensvorhaben mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung **27**

Vorlage 16/3397

5 Auswertung des DFG-Förderatlas 2015 **30**

Vorlage 16/3282

6 Mit Forschung und Entwicklung (FuE) den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen stärken **32**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2274

Ausschussprotokoll 16/513

In Verbindung mit:

Forschung und Innovation im Mittelstand in NRW durch gezielte Maßnahmen stärken – bestehende Instrumente zur KMU-Unterstützung optimieren und ausbauen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4444

Ausschussprotokoll 16/513

Und:

Neue Schwerpunkte in der Forschungsförderung – Das Innovationspotenzial kleiner und mittelständiger Unternehmen und von Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gezielt erschließen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5749

Ausschussprotokoll 16/666

Und:

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10245

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/10245 – mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5749 – in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2274 – mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/4444 – mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der CDU ab.

7 Gründungskultur in Nordrhein-Westfalen stärken – Unternehmensgründer besser unterstützen und Wachstumskräfte revitalisieren **35**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8133
Ausschussprotoll 16/1008

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/8133 – mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der CDU ab.

8 Zukunft der Initiative Mittelstand.innovativ! **37**

Vorlage 16/3406

9 Verschiedenes **38**

a) Obleutegespräch

b) Anhörung zum Lehrerausbildungsgesetz

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300, Drucksache 16/10150
Vorlage 16/3104, Vorlage 16/3215, Vorlage 16/3293, Vorlage 16/3297, Vorlage 16/3298, Vorlage 16/3357

Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Vorsitzender Arndt Klocke verweist auf drei als Tischvorlage vorliegende Änderungsanträge **(Anlage 2)**.

Dietmar Bell (SPD) hebt die Fortschreibung des Mittelzuwachses im Einzelplan 06 hervor, für den sich die SPD-Fraktion sehr herzlich bei der Landesregierung bedanke. An den zentralen Werten erkenne man, welche finanzpolitische Leistung in den letzten Jahren realisiert worden sei. Der Wissenschaftsrat habe das ebenfalls gewürdigt.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger werde nach der Prognose der KMK zwischen 2010 und 2016 um etwa 26 % steigen. Der Etat für Hochschulen und Kliniken habe um 49 % zugelegt. Im laufenden Jahr entspreche der Haushaltsentwurf von 8,2 Milliarden € einer Steigerung von 5,5 % gegenüber 2015. Das stelle auch im Verhältnis zum gesamten Landeshaushalt eine deutliche Steigerung dar. Seit 2010 habe es insgesamt eine Steigerung um 2,4 Milliarden € für den Bereich gegeben, sodass ein Anstieg um 41 % zu verzeichnen sei. Dabei handele es sich gerade angesichts der schwierigen Haushaltslage – Stichwort: Flüchtlingssituation – um eine extreme Leistung. Der Aufwuchs sei ein klares Bekenntnis für den Wissenschafts- und Forschungsstandort in Nordrhein-Westfalen.

SPD und Grüne hätten drei Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf eingebracht. Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft solle bessere Einwerbemöglichkeiten von EFRE-Mitteln erhalten. Es werde vorgeschlagen, insgesamt 400.000 € über eine Verordnungsermächtigung auszuweisen. Das habe eine deutliche Hebelfunktion. Da der Eigenanteil 20 % der Antragssumme ausmache, werde der fünffache Betrag für die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft über EFRE-Mittel ermöglicht.

Durch den zweiten Änderungsantrag sollten 200.000 € für studentische Projekte in der Flüchtlingsarbeit zur Verfügung gestellt werden. Über ein Verfahren solle der Betrag an Studierendenvertretungen und Studierende vergeben werden, um Anreize für neue Initiativen, aber auch Unterstützung bestehender Initiativen zu bieten. Die Hochschulen des Landes kämen ihrer Aufgabe in herausragender Art und Weise nach, sich mit der Problematik zu befassen. Es gebe vielfältigste Initiativen von Hochschulen auf diesem Gebiet, damit sich diese ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen könnten. Das sei wirklich bemerkenswert.

Der dritte Änderungsantrag betreffe die Salafismusforschung. Nicht erst durch die schrecklichen Anschläge und Vorkommnisse der letzten Tage sei allen klar gewor-

den, dass dringend wissenschaftliche Unterstützung bei der Ursachenforschung für den Salafismus benötigt werde. Das betreffe insbesondere die Motivlagen für den Einstieg in salafistische Netzwerke, für Radikalisierungsverläufe und für den Ausstieg. Diese Auffassung verträten übrigens auch die Innenpolitiker und der Verfassungsschutz. Das wolle er deutlich sagen. Diese bäten dringen um die Verstärkung eines entsprechenden Forschungsschwerpunktes, um gute Forschungsarbeit liefern und die Politik beraten zu können.

Dr. Stefan Berger (CDU) erkennt die finanzielle Steigerung des Einzelplans 06 an, meint jedoch, vor dem Hintergrund der gestiegenen Studierendenzahlen reiche das nicht aus. Pro Studierendem in Nordrhein-Westfalen werde noch zu wenig getan; da den erhöhten Haushaltsansätzen noch größere Steigerungen bei den Studierendenanfängerzahlen gegenüberstünden.

Im Übrigen seien die Steigerungen größtenteils auf Effekte zurückzuführen, die nicht in Nordrhein-Westfalen entstünden. Die Kraftanstrengungen nehme nicht die Landesregierung vor, sondern die Bundesregierung.

Auch wenn er dem einen oder anderen Anliegen der Änderungsanträge zustimmen könne, lägen keine Gegenfinanzierungsvorschläge dafür vor. Dargelegt werden solle, ob zum Ausgleich an anderer Stelle Streichungen vorgenommen oder Schulden aufgenommen werden sollten.

Der Haushalt an sich sei durch die Veränderungen aktuell ohnehin nicht abstimmungsfähig, weil der Haushalts- und Finanzausschuss eine weitere Anhörung vornehme. Zumindest habe man dies vonseiten der Juristen des Landtags gehört. Er bitte den Vorsitzenden, dies zu klären.

Aktuell würden Forschungsgelder für das Internationale Institut für Wald und Holz aufgrund eines Rechenfehlers nachträglich gestrichen. Zu dem Sachverhalt solle Auskunft gegeben und erklärt werden, ob dafür Gelder in den Haushalt eingestellt würden oder nicht.

Vor dem Hintergrund der geäußerten Überlegungen lehne die CDU-Fraktion den Entwurf des Einzelplans 06 ab.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) knüpft an die Ausführungen des Abgeordneten Bell an, der bereits einige Daten genannt habe. Seit 2010 handele es sich um eine Steigerung um mehr als 41 %. Diese rasante Steigerung der letzten Jahre könne nicht wegdiskutiert werden. Die überdurchschnittliche Steigerung der Mittel unter Rot-Grün zeige deutlich, wie wichtig den Regierungsfraktionen die Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen sei. Man sei stolz darauf, die Mittel in den letzten Jahren trotz der schwierigen Lage kontinuierlich und erheblich habe steigern können, dies übrigens im Unterschied zu Hochschuletats verschiedener anderer Bundesländer.

289 Millionen € flössen zusätzlich in die Globalbudgets, 305 Millionen € würden zusätzlich für den Hochschulpakt, 2 Millionen € zusätzlich für die Studierendenwerke, 50 Millionen € zusätzlich für die Sanierung von Universitätskliniken und 23 Millionen

€ zusätzlich in das Forschungszentrum Jülich für die Lagerung der Atomkugeln, den Neubau für die Biotechnologie und den Supercomputer eingestellt, den sich der Ausschuss kürzlich angesehen habe. Insofern könne im Verhältnis zur Steigerung des Landeshaushalts insgesamt ein sehr gutes Gesamtpaket geschnürt werden. Der Etat des Einzelplans 06 steige um über 431 Millionen € bzw. über 5,5 % auf mehr als 8,2 Milliarden € an. Die Überschreitung der 8-Milliarden-€-Grenze könne nicht schlechtgeredet werden.

Die Johannes-Rau-Forschungsgesellschaft habe eindrucksvoll vorgestellt, wie ihre Arbeit voranschreiten werde. Obwohl es schon eine hohe Drittmittelquote gebe, würden weitere Mittel zur Potenzialstärkung an die Gesellschaft gegeben. Weitere konkrete Anträge zur Unterstützung der Flüchtlingsarbeit und zum Salafismus seien gestellt worden.

Heike Gebhard (SPD) kommt auf die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Berger zurück. Die CDU fordere zwar über die vorgeschlagenen Steigerungen hinaus eine weitere Erhöhung von Ansätzen, habe ihrerseits jedoch keine entsprechenden Änderungsanträge zur Beratung gestellt.

Die Gegenfinanzierung der vorliegenden Änderungsanträge sei sichergestellt. Im Haushalts- und Finanzausschuss werde die Finanzierung erläutert.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) begrüßt die Steigerung der Haushaltsansätze des Einzelplans 06 auf 8,2 Milliarden €. Allerdings stelle sich die Frage, auf welche Struktur das Geld treffe. Pro Studierendem sinke der eingestellte Betrag aufgrund der steigenden Studierendenzahlen, während die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse an nordrhein-westfälischen Hochschulen nach wie vor erschreckend hoch sei. Er habe nicht den Eindruck, dass man mit dem Rahmenkodex „Gute Arbeit“ vorankomme. Das Personal gehöre in den Landesdienst. Die Piraten forderten darüber hinaus unbegrenzte Arbeitsmöglichkeiten für Akademiker. Daueraufgaben müssten Dauerstellen entsprechen. Befristungen sollten zulässig bleiben, dies aber nur für die Weiterqualifikation. Dafür dürfe es auch keine Obergrenze geben.

In dem Haushalt, der sich mit Innovation beschäftigen solle, fehle ihm die Innovation. Er vermisse den eigenen Akzent in der Forschungspolitik, vor allen Dingen im Hinblick auf die Unterfütterung der Strukturen an nordrhein-westfälischen Hochschulen.

Die Piraten stimmten dem Einzelplan 06 nicht zu. Die Fraktion behalte sich vor, im laufenden Haushaltsverfahren noch Änderungsanträge einzureichen.

Der vorliegende Änderungsantrag zur Unterstützung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft werde ausdrücklich unterstützt. Gleiches gelte für die Förderung des Engagements der Studierendenschaften im Hinblick auf Flüchtlinge. Der Änderungsantrag zur Salafismusforschung sei dagegen nicht umfassend genug. Obwohl es sich um ein wichtiges Thema handele, enthalte sich die Fraktion der Piraten daher bei der Abstimmung über den Änderungsantrag.

Ali Bas (GRÜNE) geht auf den Änderungsantrag zur Salafismusforschung ein. Im März 2015 habe der Landtag beschlossen, dass mehrere Ministerien an Konzepten zur Prävention und Deradikalisierung von jungen Menschen im Bereich des Islamismus arbeiten sollten. Der vorliegende Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen stelle einen Bestandteil dieses Auftrages vom März 2015 dar.

Absolut notwendig sei Forschung im Bereich der Radikalisierung als Grundlage jeglicher Präventionsarbeit. Wegweiservereine hätten der Fraktion über ihre Erfahrungen mit dem Ausstieg und mit Präventionsarbeit berichtet. Dabei sei die Notwendigkeit einer Grundlagenforschung ganz deutlich geworden, um maßgeschneiderte Programme zu erstellen. In Großbritannien und den Niederlanden existiere so etwas schon seit mehreren Jahren.

Angela Freimuth (FDP) erläutert, der Haushalts- und Finanzausschuss führe am 1. Dezember eine zusätzliche Anhörung insbesondere zu der seit wenigen Tagen vorliegenden Ergänzung durch. Er könne also keine abschließende Beratung im November durchführen. Da auch der Einzelplan 06 von der Ergänzung betroffen sei, halte sie es für schwierig, in der laufenden Sitzung abschließend zu beraten und eine Empfehlung abzugeben. Das gelte insbesondere, weil zu dem Themenkomplex immer wieder kurzfristig neue Sachverhalte bekannt würden. Die Ergebnisse der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses sollten daher in die Beratung des Wissenschaftsausschusses einfließen.

Die getätigten Aussagen über den Aufwuchs des Etats träfen zwar in der absoluten Zahl zu, es blieben jedoch viele Fragezeichen. Insbesondere die Grundfinanzierung der Hochschulen halte nicht mit der Entwicklung der steigenden Studierendenzahlen Schritt. Das bleibe ein Kritikpunkt.

Viele positiv dargestellte Steigerungen beträfen Maßnahmen, die zwar durchgeführt werden müssten, die der Wissenschaft jedoch nur mittelbar zugutekämen. Als Stichworte nenne sie Rentenbezüge, den AVR und den Ausgleich von Rechtsforderungen aus der Vergangenheit.

Eine ganze Menge der Hochschulpaktmittel werde für Projekte und Programme ausgegeben, die in Teilen ohnehin bereits beschlossen gewesen seien und keine zusätzlichen Maßnahmen der Landesregierung darstellten. Der Bund werde zu ohnehin beabsichtigten Maßnahmen des Landes als Finanzierungspartner hinzugezogen.

Seinerzeit habe es das Versprechen gegeben, den Hochschulen den finanziellen Teil aus dem Landeshaushalt zu kompensieren, den sie zuvor aus Studienmitteln einnehmen konnten. Diese Kompensation erfolge bis heute nicht. Die Schere drifte im Gegenteil immer weiter auseinander. Mittlerweile fehlten den Hochschulen 50 Millionen €.

Die Landesregierung habe behauptet, die Grundmittel seien im Vergleich zu 2015 um 9 % gestiegen. Die FDP komme unter Einbeziehung der 170 Millionen € Hochschulpaktmittel, die in die Haushaltskapitel der Fachhochschulen verschoben worden seien, nur auf einen Wert von 9 %. Im Zuge des Beratungsverfahrens habe die FDP seinerzeit extra angefragt, warum Hochschulpaktmittel in die Grundmittel der Fach-

hochschulen flössen. Sie verweise auf die Vorlage 16/3293. Darin heiße es: In die Grundfinanzierung der Fachhochschulen flössen keine Hochschulpaktmittel. Die für den Auf- und Ausbau der Fachhochschulen vorgesehenen Mittel in Höhe von 170 Millionen €, die im Haushaltsentwurf 2016 in die Hochschulkapitel umgesetzt würden, dienten zur Kofinanzierung des von Bund und Land gemeinsam getragenen Hochschulpaktes 2020. Dies sei möglich, da der Fachhochschulauf- und -ausbau auch der Aufnahme zusätzlicher Studienanfängerinnen und Studienanfänger diene.

Ohne diese 170 Millionen € belaufe sich die Erhöhung der Grundmittel lediglich auf 3,7 %.

Auf den Einwurf der Abgeordneten **Dr. Ruth Seidl (GEÜNE)**, dabei handele es sich doch wohl um eine Erhöhung, entgegnet Abgeordnete **Angela Freimuth (FDP)**, sie habe kein Problem damit, anzuerkennen, was anzuerkennen sei. Sie wehre sich jedoch gegen Aussagen, die einer Überprüfung nicht standhielten. Eine Diskussion auf Basis der tatsächlichen Zahlen solle erfolgen. Man könne immer noch der Meinung sein, eine Steigerung um 3,7 % sei begrüßenswert. Eine Erhöhung der Grundmittel um 9 % habe es jedoch nicht gegeben. Das wolle sie festhalten.

Dr. Stefan Berger (CDU) bemängelt, die SPD habe ihr Gegenfinanzierungskonzept immer noch nicht vorgestellt. Ohne Kenntnis der vorgesehenen Gegenfinanzierung könnten die regierungstragenden Fraktionen keine Zustimmung zu ihren Änderungsanträgen erwarten.

Dietmar Bell (SPD) hält die angesprochene Pressemeldung zum Internationalen Institut für Wald und Holz NRW nicht für haushaltsrelevant.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen müsse im Verhältnis zur Projektfinanzierung gestärkt werden. Durch die gemeinsam verabredeten Hochschulpakte stecke derzeit sehr viel Geld im System. In den letzten Wochen habe er mehreren Fachhochschulen einen Besuch abgestattet, die ihre Finanzsituation als gut beschrieben. Deren Sorge betreffe vielmehr die Frage, was nach 2023 nach dem Wegfall der Hochschulpaktmittel passiere und ob es dann zu einer Verstetigung der Bundes- und der Landesmittel komme. Diese Debatte werde bereits gegenwärtig geführt. Er warne vor einer Diskussion, nach der zu wenig Geld im System stecke. Dies entspreche nicht der Realität. In den letzten Jahren habe das Land NRW im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern eine komplette Kofinanzierung sichergestellt. Der vom Land aufgebrachte Haushaltsanteil beinhalte substanzielle Steigerungsraten.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Hochschulmittel habe er auf die gestiegenen Studierendenzahlen hingewiesen. Man müsse die überproportionale Steigerung der Studierendenzahlen um 26 % auf der einen und die Erhöhung der Haushaltsansätze um 41 % auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen.

In der laufenden Sitzung solle wie geplant über die Änderungsanträge und den Einzelplan 06 in Gänze abgestimmt werden.

Vorsitzender Arndt Klocke informiert, nach Rücksprache mit den verantwortlichen Referenten des Haushalts- und Finanzausschusses gebe es keine rechtlichen Bedenken, zum gegenwärtigen Zeitpunkt über die vorliegenden Änderungsanträge und den Einzelplan 06 abzustimmen.

Angela Freimuth (FDP) kommt auf die Rückforderung von Fördergeldern vom Internationalen Institut für Wald und Holz zu sprechen. Der Wegfall einer Landesfinanzierung in Höhe von 180.000 € könne für ein Forschungsinstitut existenziell sein, insbesondere wenn zutreffe, dass die Landesregierung zuvor entsprechende schriftliche Zusagen getätigt habe. Es sei klug, nicht den Anschein zu erwecken, als ob mit einer gewissen Arroganz über die finanziellen Nöte und Sorgen von Forschungsinstituten hinweggegangen werde.

Dietmar Bell (SPD) streicht heraus, er sei keinesfalls mit Arroganz über irgendein Begehren hinweggegangen. Ihm sei dieser Vorfall erstmalig durch die Pressemitteilung des Abgeordneten Dr. Stefan Berger am heutigen Tage bekannt geworden.

Oliver Bayer (PIRATEN) schlägt vor, über die Rückforderung der Fördermittel bei anderer Gelegenheit im Ausschuss zu sprechen.

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) äußert sich sehr zufrieden mit dem hohen Anstieg der Haushaltsansätze. Von 2010 bis 2016 sei eine Steigerung der Haushaltsmittel um 48,5 % bei 26 % zusätzlichen Studierenden gelungen. Sie freue sich sehr über diesen Schwerpunkt der Landesregierung.

Die Mittel für den Fachhochschulausbau hätten 2009 bei 13,7 Millionen Euro gelegen. Bis 2015 seien sie auf 154 Millionen € Landesmittel erhöht worden. Im vorliegenden Haushaltsentwurf habe man die Mittel in den Fachhochschulkapiteln verortet.

Die Pressemitteilung bezüglich des Internationalen Instituts für Wald und Holz habe sie gelesen. Sie sei jedoch nicht sicher, welche Empfehlung diese Mitteilung beinhalten solle. Bei einer internen Überprüfung sei der unkorrekte Förderbescheid für das Institut aufgefallen. Nach Landeshaushaltsordnung nicht förderfähige Dinge seien abgerechnet worden. Darauf habe man hinweisen müssen. Das Ministerium habe gemeinsam mit dem Antragsteller nach einer Möglichkeit gesucht, die Förderung und das Projekt trotzdem weiterzuführen. Das sei nicht in voller Höhe gelungen. Das Land habe nun Geld zurückerhalten.

Das Gericht habe dem Land im Eilverfahren bereits Recht gegeben. Sie nehme die Haltung der CDU-Fraktion dazu zur Kenntnis, halte diese aber nicht für sonderlich seriös.

> Der Ausschuss stimmt dem **Änderungsantrag 1 der Tischvorlage** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der Piraten, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem **Änderungsantrag 2 der Tischvorlage** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der Piraten, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem **Änderungsantrag 3 der Tischvorlage** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und der Piraten zu.

Der Ausschuss stimmt dem so geänderten **Einzelplan 06** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 2016

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
1 (2 Seiten)	SPD Grüne	**Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft** **Einrichtung einer neuen Titelgruppe** **Titelgruppe 61 Unterstützung zur Einwerbung von EFRE-Mitteln** **1.) Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.** **2.) Die Verpflichtungsermächtigung darf für alle Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.** **3.) 50 v. H. der Ausgaben der Titelgruppe sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).** **4.) Die Ausgaben dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Ausgaben geleistet werden (§ 35 Absatz 2 LHO).** **5.) Die Verpflichtungsermächtigung darf zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen werden (§ 35 Absatz 2 LHO).** **Einrichtung neuer Titel** **Titel 686 61 Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen** **Titel 893 61 Zuschüsse zu Investitionen im Inland**	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN

APr 16/1071
Anlage 1 zu TOP 2

Tischvorlage
- Anlage 2 -

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
		Baransatz bei Titel 686 61 **2016** **Ansatz lt. HH 2015** von - Euro - E um 400.000 Euro auf 400.000 Euro **Verpflichtungsermächtigung (VE) bei Titel 686 61** **2016** **VE lt. HH 2015** von - Euro - E um 400.000 Euro auf 400.000 Euro **Strichansatz bei Titel 893 61.** **Begründung:** Die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft sollen durch diese Mittel in die Lage versetzt werden, stärker am EFRE-Programm teilzuhaben.	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis
(2)	SPD Grüne	**Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein** **Titel 686 21 Zuschüsse für studentische Projekte in der Flüchtlingsarbeit** **Die Mittel dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagte Ausgaben geleistet werden (§ 35 Absatz 2 LHO).** **Neuer Titel** **2016** **Ansatz lt. HH 2015** von - Euro - E um 200.000 Euro auf 200.000 Euro **Verpflichtungsermächtigung (VE)** **2016** **VE lt. HH 2015** von - Euro - E um 200.000 Euro auf 200.000 Euro **Begründung:** In einem wettbewerblichen Verfahren sollen Zuschüsse an Studierendenvertretungen und Studierendeninitiativen für Projekte vergeben werden, die Aktivitäten zur Verbesserung der Integration von Flüchtlingen zum Ziel haben. So wird die Toleranz, das ehrenamtliche Engagement und das Zusammenleben mit Flüchtlingen insgesamt gestärkt und verbessert. Die Verpflichtungsermächtigung ist für mehrjährige Projekte unabdingbar.	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
(3)	SPD Grüne	**Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein** **Titelgruppe 64 Ausgaben für Forschung, Lehre, Internationales u. Transfer** **Titel 686 64 Zuschüsse für laufende Zwecke** **2016** **Ansatz lt. HH 2015** von 15.697.700 Euro 13.361.200 Euro um 400.000 Euro auf 16.097.700 Euro Begründung: Die zusätzlichen Mittel sollen für das Thema Salafismusforschung eingesetzt werden. Bisher gibt es nur wenig Forschung zum Thema Salafismus, zum Beispiel über Radikalisierungsverläufe, Motivationslagen zum Einstieg und Ausstieg in bzw. aus salafistischen Netzwerken oder auch über die Rolle und Funktion von Frauen in salafistischen Netzwerken. Angesichts des Zulaufs und der zunehmenden Radikalisierung ist eine genauere Analyse in dem Themenfeld Salafismus dringend notwendig. Die Verteilung der Mittel soll im Einvernehmen zwischen MIK und MIWF geschehen.	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN